

Kommt eine Straßenbeitragssatzung?

Freie Wähler diskutierten beim Gesprächsabend unter anderem über die finanzielle Lage der Doppelstadt

Die Freien Wähler hatten zu ihrem monatlichen Gesprächsabend eingeladen. Thematisiert wurde unter anderem die Finanzlage der Doppelstadt und eine mögliche Straßenbeitragssatzung.

VON ALEXANDER KOCH

Mörfelden-Walldorf. Der offene Gesprächsabend der Freien Wähler fand trotz drückender Temperaturen einiges Interesse. Rund 20 Bürger waren in den „Goldenen Apfel“ in Mörfelden gekommen, um mit den 13 Mandatsträgern der Freien Wähler über die aktuelle Kommunalpolitik in der Doppelstadt zu diskutieren und eigene Anliegen vorzubringen. Ein für

den neutralen Beobachter überraschender, aber regelmäßiger Gast des monatlichen Gesprächsabends war der Grünen-Stadtverordnete Bernhard Kinkel, der sich konstruktiv in die Diskussionen einbrachte.

Geld für die Vereine

Durch den Abend führte der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Joachim Rommel. Er berichtete zunächst von der jüngsten Stadtverordnetenversammlung. Hierbei ging er im Besonderen auf die dort kontrovers diskutierten Themen Bürgerversammlung, Fluglärmkommission und Investitionszuschüsse an Vereine ein.

Bezüglich der Vereinszuschüsse wurden die Anwesen-

den um ihr Feedback gebeten. Alle Parteien haben mit dem Interessenkonflikt zu kämpfen, dass die Vereine aufgrund ihrer gesellschaftlichen Bedeutung gefördert, gleichzeitig die Kosten aber begrenzt werden müssen. Schließlich steht Mörfelden-Walldorf unter dem Schutzschirm des Landes Hessen. Der Doppelstadt werden deswegen vom Land enge Vorgaben gemacht, da Zuschüsse an Vereine als sogenannte „freiwillige Leistungen“ der Stadt gelten. Weitere Themen des Gesprächsabends waren unter anderem das Waldschwimmbad und die Eckdaten des Haushaltes 2018.

Rommel gab einen kurzen Überblick zu den Eckdaten des Haushaltes 2018. Dieser wird

vom Regierungspräsidium, das im Auftrag des Landes Hessen handelt, voraussichtlich nur dann genehmigt, wenn die Doppelstadt der Einführung einer Straßenbeitragssatzung zustimmt.

Bürgerversammlung

Rommel sieht das zweifellos unangenehme Thema Straßenbeitragssatzung auch als mögliches Thema einer Bürgerversammlung der Stadt, die noch 2017 veranstaltet werden soll. Die schwierige Finanzlage Mörfelden-Walldorfs, beziehungsweise der meisten Städte und Gemeinden zog sich wie ein roter Faden durch den Abend.

Neben den Vorgaben des Landes Hessen ist ein weiteres

Problem, dass erhebliche Anteile der Steuereinnahmen Mörfelden-Walldorfs, zum Beispiel über die Kreis- und Schulumlage, an den Landkreis Groß-Gerau abgeführt werden müssen. Das Magistratsmitglied Sophie Schmauß ergänzte, dass der Bund einen Rechtsanspruch für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren geschaffen habe, was prinzipiell zwar zu begrüßen sei, aber der Bund lasse die Kommunen bei der Finanzierung weitgehend allein. Die angespannte finanzielle Lage, der Haushalt 2018 und die Straßenbeitragssatzung werden daher auch beim nächsten offenen Gesprächsabend der Freien Wähler am 28. Juni in Walldorf sicher wieder Themen sein.